

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gleichen Lohn für gleiche Arbeit bei Landesbeteiligungen ausweisen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Unternehmen mit einer Gesellschafterbeteiligung des Landes Berlin von mindestens 30 % aufzufordern, in ihren Geschäftsberichten konkrete Auswertungen zu den Personalzahlen getrennt nach Geschlecht sowohl in absoluten Zahlen als auch in prozentualer Verteilung darzustellen. In der Darstellung sollen die jeweilige Entgeltgruppe und der durchschnittliche Stundenlohn von Frauen und Männern berücksichtigt werden. Des Weiteren soll der Anteil von Frauen und Männern in Führungspositionen und allen Leitungsebenen in absoluten Zahlen ausgewiesen werden. Entsprechende Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30.09.2019 zu berichten.

Begründung:

Frauen verdienen für gleichwertige Arbeit bis zu 21 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen (Gender Pay Gap). Der Koalition ist die Förderung der Gleichstellung zwischen den Geschlechtern ein grundlegendes Anliegen. Um Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen, müssen im Arbeitsleben gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und gleichwertige Aufstiegschancen gewährleistet sein. Den Betrieben, an denen das Land Berlin mehrheitlich beteiligt ist, kommt hierbei eine Vorbildfunktion zu. Das Landesgleichstellungsgesetz (LGG) verpflichtet Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes Berlin, die Regelungen des LGG entsprechend anzuwenden. Derzeit können jedoch nicht alle Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes Berlin entsprechende Statistiken zum Frauenanteil und zur Entlohnung ausweisen. Bei künftigen Novellen des LGG ist sicherzustellen, dass eine

Klarstellung im Gesetzestext hinsichtlich der Berichtspflichten der Landesbetriebe mit Mehrheitsbeteiligung entsprechend den oben genannten Kriterien erfolgt.

Berlin, d. 21. März 2019

Saleh Çağlar Stroedter
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf I. Schmidt Schubert
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Kofbinger Urbatsch
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen